



## Antrag

der Abgeordneten **Bernhard Seidenath, Oliver Jörg, Jürgen Baumgärtner, Gudrun Brendel-Fischer, Karl Freller, Thomas Huber, Robert Brannekämper, Alex Dorow, Dr. Ute Eiling-Hütig, Max Gibis, Dr. Thomas Goppel, Michael Hofmann, Klaus Holetschek, Dr. Gerhard Hopp, Hermann Imhof, Michaela Kaniber, Sandro Kirchner, Alexander König, Bernd Kränzle, Helmut Radlmeier, Dr. Hans Reichhart, Tobias Reiß, Andreas Schalk, Martin Schöffel, Tanja Schorer-Dremel, Thorsten Schwab, Carolina Trautner, Steffen Vogel, Manuel Westphal CSU**

### **Medizinerangel in Bayern verhindern I Bundesweite Erhöhung der Medizinstudienplätze**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass ein Förderprogramm zur Einrichtung von weiteren Medizinstudienplätzen geschaffen wird mit dem Ziel, eine Erhöhung der Zahl der Medizinstudienplätze in allen Bundesländern um jeweils mindestens 10 Prozent zu erreichen.

### **Begründung:**

Die Zahl der ärztlich tätigen Medizinerinnen und Mediziner ist in den letzten Jahren leicht gestiegen, aber dennoch fehlen in zahlreichen Regionen bereits aktuell Ärztinnen und Ärzte, da der Bedarf an medizinischer Versorgung bedingt durch den medizinischen Fortschritt und den demografischen Wandel stetig ansteigt. Zudem hat sich das gewünschte Berufsbild der Ärztinnen und Ärzte gewandelt. Für viele junge Ärztinnen und Ärzte sind die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie eine ausgewogene „Work-Life-Balance“ von großer Bedeutung.

Daher bedarf es einer weitaus höheren Zahl an Medizinerinnen und Medizinern als in der Vergangenheit, um den steigenden Bedarf an medizinischer Versorgung abzudecken. Um das Auftreten eines Ärztemangels in der Zukunft zu vermeiden, ist es deshalb unbedingt von Nöten, mehr jungen Menschen ein Studium der Medizin zu ermöglichen. Hierfür müssen bundesweit weitere Medizinstudienplätze geschaffen werden.

Bayern hat mit der Errichtung des Uniklinikums Augsburg gemessen am bundesweiten Bedarf sein Soll mit einer Steigerung der Zahl der Medizinstudienplätze um 14 Prozent schon mehr als erfüllt. Durch den Beschluss werden daher keine weiteren Kosten für den Bayerischen Staatshaushalt ausgelöst, denn es geht darum, dass auch andere Bundesländer ihre Verantwortung in der Medizinerausbildung wahrnehmen. So wird der Situation entgegengewirkt, dass andere Bundesländer zu Lasten Bayerns untätig bleiben.